

Postulat von Nicola Siegrist (SP, Zürich), Andrea Grossen-Aerni (EVP, Wetzikon), Benjamin Krähenmann (Grüne, Zürich) und Gianna Berger (AL, Zürich)

Betreffend Schutz vor Hitze für besonders gefährdete Gruppen

Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen und Bericht zu erstatten,

1. wie alleinlebende ältere Menschen sowie weitere besonders gefährdete Personen (u.a. chronisch kranke und pflegebedürftige Menschen, Menschen mit psychischen Erkrankungen oder Suchterkrankungen) bei Hitzewarnungen mittels eines Telefon- oder Besuchsdienstes resp. geeigneter zielgruppenspezifischer Massnahmen erreicht und unterstützt werden können, analog dem Modell des Kantons Genf, und welche Rolle der Kanton dabei in Ergänzung zu bestehenden Angeboten von Gemeinden und Organisationen übernehmen kann;
2. wie Mindeststandards für eine ausreichende Kühlung in Pflegeeinrichtungen, Alterszentren und weiteren Institutionen mit besonders gefährdeten Personen (z.B. Institutionen für Menschen mit Behinderungen) festgelegt und deren Einhaltung sichergestellt werden können;
3. wie öffentliche Institutionen (z.B. Museen, Bibliotheken, weitere geeignete Gebäude) bei Hitzewarnungen als kühle Rückzugsorte für die Bevölkerung, insbesondere für Personen ohne eigene Kühlmöglichkeit, etwa Menschen in schlecht isolierten Wohnungen, zur Verfügung gestellt und bekannt gemacht werden können.

Begründung:

Hitzewellen werden klimabedingt häufiger und intensiver. Besonders gefährdet sind laut Bundesamt für Gesundheit nicht nur ältere Menschen, sondern auch chronisch kranke und pflegebedürftige Personen, Schwangere, Säuglinge und Kleinkinder sowie Menschen mit psychischen Erkrankungen oder Suchterkrankungen, international wird zusätzlich auf Wohnungslose und im Freien arbeitende Personen verwiesen. Im August 2024 starben gemäss BAG¹ schweizweit täglich bis zu 20 Menschen an den Folgen der Hitze, die meisten über 75 Jahre alt; eine kanadische Studie² zeigt zudem eine um 8 Prozent erhöhte Sterblichkeit in nicht klimatisierten Pflegeheimen an heissen Tagen.

Eine Standortbestimmung von 2024 zeigt, dass nur 8 von 26 Kantonen, darunter Genf, Waadt und Basel-Stadt, einen Hitzeaktionsplan mit ausreichenden WHO-Kernelementen haben. Die Deutschschweiz, und damit Zürich, liegt zurück. Genf zeigt, wie es gehen kann: tägliche Anrufe bei Über-75-Jährigen, klimatisierte Museen und Kinos als Rückzugsorte, Nebel-duschen in Parks.

Im Kanton Zürich gibt es bereits Strukturen, die sich dafür nutzen liessen, etwa die Fachstelle Seniorenschutz der Kantonspolizei oder der Besuchsdienst von Pro Senectute, jedoch nicht hitzespezifisch und nicht auf alle Risikogruppen ausgerichtet. Es ist daher zu prüfen,

¹ <https://www.nccs.admin.ch/dam/nccs/de/dokumente/website/sektoren/gesundheit/bericht-monitoring-hitzebe-dingte-todesfaelle-sommer-2024.pdf>

² <https://www.aerzteblatt.de/archiv/altenheim-klimaanlage-reduziert-sterblichkeit-an-hitzetagen-f4ee58dd-3b7b-4eab-9723-354ff7b51674>

wie diese Strukturen und die Mindestanforderungen gezielt ergänzt werden können, ohne unverhältnismässigen Mehraufwand für die Gemeinden zu schaffen.

Nicola Siegrist
Andrea Grossen-Aerni
Benjamin Krähenmann